

Protokolleintrag vom 13.05.2009

2009/203

Dringliche Schriftliche Anfrage von Katrin Wüthrich (SP), Jean-Daniel Strub (SP) und 35 M. vom 13.5.2009: Massnahmen für Berufslernende der Stadtverwaltung

Von Katrin Wüthrich (SP), Jean-Daniel Strub (SP) und 35 M. ist am 13.5.2009 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In den letzten Wochen und Monaten wurde schnell deutlich, dass die jungen Erwachsenen, die am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn stehen, auf dem Arbeitsmarkt zu den Hauptverliererinnen und Hauptverlierern der Wirtschaftskrise gehören. So hat die Arbeitslosigkeit der 20- bis 25-Jährigen laut dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) im März 2009 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 44 Prozent zugenommen und beträgt nun 5,1 Prozent (gegenüber 3,4 Prozent über alle Alterskategorien hinweg). Diverse Medienberichte der letzten Tage prognostizieren in dieser Altersgruppe einen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 6 Prozent bis Ende 2009. Zudem wird ein Anstieg auf über 9 Prozent bis Ende 2010 nicht ausgeschlossen. Aufgrund der beim Seco gebräuchlichen statistischen Untergliederung sind die jüngeren Jugendlichen, namentlich unter 20-jährige Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger, nicht in dieser Zahl enthalten, obwohl sie von der Problematik in identischer Weise betroffen sind. Dabei trifft die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich oft Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger, deren Chancen auf Weiterbeschäftigung auf einem angespannten Arbeitsmarkt mangels Berufserfahrung vielfach am geringsten sind. Dies ist umso gravierender, als es sich bei diesen Jugendlichen um die gleichen Jahrgänge handelt, die bereits vor drei bis vier Jahren am härtesten vom Lehrstellenmangel getroffen wurden, der damals seinen Höhepunkt erreicht hatte. Die Stadt Zürich engagiert sich auf vorbildliche Weise in der Ausbildung von Berufslernenden. So befanden sich 2008 in der Stadtverwaltung laut dem Geschäftsbericht 2008 844 Personen in einer Berufslehre, dies entspricht, ebenfalls gemäss dem Geschäftsbericht 2008, mehr als jeder fünften der gemeldeten Lehrstellen in der Stadt Zürich. Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Berufslernende der Stadtverwaltung schliessen im Sommer 2009 ihre Berufsausbildung ab?
2. Wie viele dieser Berufslernenden werden bei der Stadt Zürich eine weiterführende ordentliche Anstellung erhalten können und wie viele wird die Stadt Zürich nicht im Rahmen ordentlicher Anstellungsverhältnisse weiterbeschäftigen können?
3. Hat der Stadtrat angesichts der massiven Zunahme der Arbeitslosigkeit unter den 20- bis 25-jährigen Jugendlichen sowie angesichts der sich abzeichnenden Schwierigkeiten der Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger bei der Stellensuche spezifische Massnahmen zur gezielten Unterstützung der Stellensuchenden ergriffen (z.B. im Rahmen der bestehenden Strukturen der Betreuung Berufslernender, in Form von Standortbestimmungen oder mittels der Bereitstellung bzw. Vermittlung von Stipendien für die Nutzung von Bildungsangeboten)?
4. Wenn ja: welche Massnahmen wurden getroffen? Wenn nein: Sieht der Stadtrat Möglichkeiten, hier gezielte Unterstützungsmassnahmen möglichst rasch anzubereiten?
5. Ist der Stadtrat bereit, zur Abfederung der Situation für Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger in der Stadtverwaltung Möglichkeiten zur befristeten Weiterbeschäftigung solcher junger Erwachsener zur Verfügung zu stellen (beispielsweise im Rahmen von befristeten Anstellungen)?
6. Für wie viele Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger könnten in der Stadtverwaltung entsprechende Möglichkeiten geschaffen werden?
7. In welchen Bereichen sähe der Stadtrat Möglichkeiten, entsprechende befristete Arbeitsverhältnisse oder andere Formen der Weiterbeschäftigung zu realisieren?
8. Erachtet der Stadtrat aufgrund der sich heute abzeichnenden Situation weitergehende Massnahmen, etwa die Schaffung spezifischer Programme für Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger auf Stellensuche, als notwendig?
9. Sieht der Stadtrat Handlungsspielraum, verwaltungsexterne Betriebe und Institutionen bei Bedarf auf möglichst unkomplizierte Weise bei der Vermittlung von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern zu unterstützen bzw. gegebenenfalls verwaltungsexterne Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger in eigene Programme zu übernehmen?

Mitteilung an den Stadtrat